

Für Freiburg – Politik aus christlicher Verantwortung

Die Wählerliste „**Für Freiburg – Politik aus christlicher Verantwortung**“ (FFR) stellt sich am 26. Mai 2019 den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern zur Wahl, wenn diese über die Zusammensetzung des Gemeinderats für die kommenden fünf Jahre entscheiden. Die Liste ist 2009 aus einer Initiative heraus entstanden, die in evangelisch-freikirchlichen Kreisen ihren Anfang genommen hat. Recht schnell war für die Initiatoren allerdings klar, dass es dabei um ein breites konfessionsübergreifendes Bündnis von Menschen gehen müsse, die sich auf der Basis christlicher Wertvorstellungen für Freiburg und seine Menschen engagieren und ihre Verantwortung als Bürger dieser Stadt wahrnehmen wollen.

So kam jetzt erneut eine Liste mit 48 Kandidatinnen und Kandidaten aus vielen ganz unterschiedlichen Freiburger Gemeinden zusammen. Das ist möglich, weil es sich bei der Liste eben gerade nicht um eine neue ökumenische Bewegung handelt. Allen Beteiligten geht es schlicht darum, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und aus ihren christlichen Überzeugungen heraus dem Gemeinwohl zu dienen bzw. „der Stadt Bestes zu suchen“, wie es die Bibel ausdrückt.

Die Liste versteht sich als notwendige parteiunabhängige Ergänzung im Spektrum der politischen Kräfte in Freiburg und als eine neue Option für Wählerinnen und Wähler, die sich eine christliche Wertorientierung für die Stadt Freiburg wünschen.

Die zentralen Leitvorstellungen von „Für Freiburg“:

- Wir treten ein für die Würde und das Lebensrecht aller Menschen in Freiburg – unabhängig von Herkunft und Religion, unabhängig vom sozialen und juristischen Status, unabhängig von Lebensphase und Lebensalter, unabhängig von vermeintlicher „Nützlichkeit“ oder „Erwünschtheit“.
- Wir wollen eine Stadt, in der gegenseitige Toleranz sowie Glaubens- und Meinungsfreiheit herrschen.
- Wir stärken den Zusammenhalt und die gegenseitige Fürsorge – in den Familien, in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und in der Stadt als Ganzes.
- Wir ermutigen und bestärken Menschen darin, aktiv Verantwortung für sich selbst und für einander zu übernehmen.
- Wir unterstützen besonders jene, die benachteiligt sind, stehen denen bei, die in Not sind, und sorgen dafür, dass es gerecht zugeht in der Stadt.
- Wir berücksichtigen besonders auch die mittel- und langfristigen Folgen politischer Entscheidungen.

Politikfelder, auf denen „Für Freiburg“ Schwerpunkte setzen will:

Kinder & Jugendliche: Die junge Generation muss die höchste Priorität bei allen kommunalpolitischen Anstrengungen haben. Wir wollen alles tun, um jungen Menschen Hoffnung und Mut, Orientierung sowie die bestmögliche Erziehung, Schulbildung und anschließend auch berufliche Ausbildung zu vermitteln.

Senioren: Ältere Menschen dürfen nicht abgeschoben werden, sondern sollen einen Platz in der Mitte der Gesellschaft bekommen. Wir wollen den Rahmen dafür schaffen, indem wir uns für zusätzliche, bessere und neue Möglichkeiten einsetzen, wie Senioren ihr Leben gestalten und ihren Lebensabend verbringen können.

Familien: Funktionierende Familien sehen wir als entscheidenden Faktor für eine stabile Gesellschaft an. Sie leisten in Gestalt ihrer Kinder und deren Erziehung einen ganz wesentlichen Beitrag für die Zukunft von uns allen. Deswegen wollen wir Familien entlasten und unterstützen.

Sozialpolitik: Wir werden uns für die Schwachen stark machen, damit auch Menschen in Not, insbesondere „Hartz-IV-Empfänger“ aber auch alle anderen Arbeitnehmer und Selbstständige in prekären sozialen Verhältnissen, ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Bürgerbeteiligung: Wie das Grundgesetz es vorsieht und die Gesetze des Landes es erlauben, wollen wir alle Bürger soweit möglich an den Debatten und Entscheidungen über die Zukunft von Freiburg beteiligen.

Ehrenamtliches Engagement: Wir setzen uns ein für eine Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger unabhängig vom vertretenen Weltbild – im Rahmen unserer Verfassung.

Integration: Wir wollen alle Menschen in Freiburg dazu ermutigen, in ihrer Verschiedenheit und Vielfalt aufeinander zuzugehen, sich bewusst in die Gesellschaft einzubringen und sich als gleichwertige Mitbürger zu verstehen. Unsere Rechtsordnung bildet dabei den unverrückbaren Rahmen des Zusammenlebens, das gemeinsame kulturelle Erbe des christlichen Abendlandes die Basis.

Wirtschaft: Wir setzen uns ein für die gezielte Förderung heimischer Unternehmer, also von Freiberuflern, gewerblichen Kleinst- und Kleinbetrieben sowie Mittelständlern, und wollen dazu die Rahmenbedingungen dergestalt verändern, dass Erfindungsreichtum, Mut und Initiative bestärkt werden. Eine florierende regionale Wirtschaft und intakte regionale Wirtschaftskreisläufe sehen wir als eine verlässliche Grundlage für künftigen Wohlstand und sozialen Frieden an.

Haushalt: Wir streben eine schrittweise Entschuldung der Stadt an. Durch solide Haushaltspolitik, die auf Neuverschuldung weitgehend verzichtet, wollen wir langfristig Handlungsspielräume zurückgewinnen.

